

## Aus der Vorstandsarbeit

Der Vorstand der Humanistischen Union verabschiedete auf seiner letzten Sitzung am 18. 7. 1970 in Frankfurt zwei Stellungnahmen zu gerade jetzt diskutierten wichtigen Gesetzesvorhaben. Zum Problem des Schwangerschaftsabbruchs legt die HU der Öffentlichkeit einen eigenen Gesetzesvorschlag vor, der auch vom Alternativentwurf des bekannten Professorenremiums abweicht. (S. Text des Vorschlages auf dieser Seite.)

Zum Ehescheidungsrecht wurde eine umfangreiche Presseerklärung veröffentlicht, deren Text Interessenten bei der Geschäftsstelle erhalten können. In ihr wurde die Einführung des Zerrüttungsprinzips grundsätzlich begrüßt, aber an einigen Tendenzen des Berichts der Eherechtskommission und vor allem des Gesetzentwurfs des Justizministeriums Kritik geübt.

Weiterhin beschloß der Vorstand zum Problem des Religionskundeunterrichts jetzt noch keine HU-offizielle Stellungnahme herauszugeben.

Die bis jetzt vorliegenden Stellungnahmen und Vorschläge von sachverständigen Mitgliedern und Beiratsmitgliedern sind so zahlreich und komplex, daß das Problem an Hand der interessantesten noch einmal in den „Vorgängen“ diskutiert werden soll. Die Rechtsreferentin der HU wurde vom Vorstand beauftragt, eine Stellungnahme der HU zum Adoptionsrecht vorzubereiten. Auf Vorschlag der Direktorin des Frauengängnisses Frankfurt, Frau Dr. Helga Einsele (Beiratsmitglied) machte sich der Vorstand einige Vorstellungen Frau Dr. Einseles über die Regelung der Altersversorgung vorzeitig entlassener Lebenslänglicher zu eigen. Diese Vorschläge wird die HU als ihre Forderungen öffentlich vertreten.

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt waren die „Vorgänge“, deren kontinuierliches Erscheinen noch immer nicht völlig gesichert ist. Weiterhin erscheint eine Verbesserung der Redaktionsarbeit dringend geboten. Herr Hirschauer machte hierzu eine Reihe von Vorschlägen. Die Situation der „Vorgänge“ wird der Vorstand in Verhandlungen mit dem Verleger klären.

Eine Erhöhung der Abonnementszahlen u. a. unter den HU-Mitgliedern würde erheblich zur Lösung der Probleme beitragen.

### Was kostet die HU Ihr Umzug?

Etwa 20 % unserer Mitglieder ziehen im Jahr um. Ein großer Teil von ihnen vergißt uns seine neue Anschrift mitzuteilen. Wie wir errechneten, kostet uns die Ermittlung

## Weg mit § 218 StGB (Abtreibung)

Wie an anderer Stelle erwähnt, hat der Bundesvorstand einen Vorschlag angenommen, der die strafrechtliche Frage des Abbruchs von Schwangerschaften neu regelt. Der Vorschlag beruht auf Vorarbeiten eines Ausschusses des OV Hamburg, in dem zwei Juristen (Pietzcker, Siehr), zwei Ärzte (Kupke, Müller-Siemens) und ein Journalist (Hildebrand) zusammenarbeiteten.

Im folgenden geben wir den Gesetzesvorschlag selbst wieder. Der Gesamttext, der außerdem eine Einleitung, eine Begründung und einige Anmerkungen enthält, ist durch die Geschäftsstelle zu erhalten. Der Vorschlag lautet:

„§ X Wer eine Schwangerschaft abbricht oder dies vornehmen läßt, wird mit Gefängnis bis zu einem Jahr oder mit Geldstrafe bestraft, es sei denn, der Schwanger-

schaftsabbruch erfolgt mit Zustimmung der Schwangeren

1. durch einen Arzt oder mit Hilfe eines zum Abbruch der Schwangerschaft zugelassenen Arzneimittels innerhalb von drei Monaten nach der Empfängnis,
2. durch einen Arzt auch später, wenn
  - a) die Schwangere zur Zeit der Empfängnis das 16. Lebensjahr nicht vollendet hatte,
  - b) eine ärztliche Gutachterstelle festgestellt hat, daß der Abbruch notwendig ist, um eine ernste Gefahr für Leib oder Leben der Schwangeren abzuwenden, oder
  - c) eine ärztliche Gutachterstelle festgestellt hat, daß der Embryo sich zu einem geistig oder körperlich schwer geschädigten Kind entwickeln würde.

Als Empfängnistag gilt der 28. Tag nach der letzten Menstruation der Schwangeren.“

## Mitgliederzahl muß höher werden

Die Mitgliederzahl der HU stagniert seit Jahren. Die Mitgliedsbeiträge sind die wichtigste Finanzquelle der HU (ca. 70%). Die anderen Einnahmen (z. B. Spenden, Literaturverkauf) sind kaum zu steigern. Um die finanzielle Basis und damit die politische Wirkungsfähigkeit der HU zu erweitern, gibt es nur einen Weg: neue Mitglieder gewinnen!

Viele Menschen sympathisieren mit uns und unseren Zielen. Wenige denken daran, daß Sympathie allein nicht genügt. In Ihrem Bekanntenkreis finden Sie manchen, der darüber noch nicht nachgedacht hat. Helfen Sie nach! Wenn jedes unserer Mitglieder ein neues gewinnt, könnte die HU ihre politische Effektivität verdreifachen. Die laufenden Kosten würden sich nur unwesentlich erhöhen, die zusätzlich aufgebrauchten Mittel könnten fast ausschließlich für die unmittelbare politische Arbeit verwendet werden.

Verwenden Sie für Ihre Werbung den diesen „Mitteilungen“ beiliegenden Werbeprospekt. Weitere Exemplare erhalten Sie von der Geschäftsstelle.

der Anschrift eines unbekannt verzogenen Mitglieds durchschnittlich zusätzlich zu den Kosten einer gemeldeten Anschriftenänderung **DM 4.55.**

Das muß nicht sein! Darum:

## Aktion gegen Kirchensteuer-Zwangseintreibung

von Dr. Otto Bickel

Seit ihrer Gründung im Jahre 1961 hat sich die HUMANISTISCHE UNION zum Ziel gesetzt, die Trennung von Staat und Kirche auch in der Bundesrepublik durchzusetzen. Auf den verschiedensten Gebieten unseres gesellschaftlichen Lebens sind in den letzten Jahren Fortschritte in dieser Richtung gemacht worden.

Ein Auswuchs des Staatskirchentums scheint dagegen so verhärtet und institutionalisiert zu sein, daß ohne einen kräftigen Impuls protestierender Staatsbürger keine Änderung zu erhoffen ist. Wir meinen die Eintreibung der Kirchensteuer durch den Staat, insbesondere deren Zwangsabzug durch die Arbeitgeber und auf Kosten der Arbeitgeber in Verbindung mit der Lohnsteuer. Dieses in der Welt einmalige System, gegen das bisher nur vereinzelte Bürger meist aus weltanschaulichen Gründen Beschwerde führten, wurde in einem Schreiben des 1. Senats des BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS vom 10. 1. 68 in der Hauptsache mit folgender Auslassung verteidigt:

„Da sich der Staat gegenüber den Kirchen zur Einziehung der Kirchenlohnsteuer verpflichtet hat, ist die Einbehaltung und Abführung der Steuerbeträge Mitwirkung bei

Fortsetzung nächste Seite

den-Baden, um den Ortsverband wieder arbeitsfähig zu machen. Die nächste Versammlung der Baden-Badener Mitglieder soll am Dienstag, den 15. September, 20 Uhr, im „Krokodil“, Lange Str., erfolgen. Für die Vorbereitung dieser Versammlung wurde ein vorläufiges Vorstandsgremium gewählt, dem angehören: Hans Joachim Girock, 757 Baden-Baden, Südwestfunk; Inge Kleinknecht, 757 Baden-Baden, Gernsbacher Str. 7; Bernhard W. Wette, 757 Baden-Baden, Gernsbacher Str. 7.

#### Arbeitskreise in München

Im Ortsverband München haben sich ein Arbeitskreis „Kindergarten“ und ein Arbeitskreis „Mitbestimmung“ konstituiert. Interessenten für den Kindergartenarbeitskreis wenden sich an Rudolf Ullner, 8 München 60, Floßmannstr. 1 (Kindergarten Pasing). Der Arbeitskreis trifft sich wieder am Dienstag, den 8. September, um 20.30 Uhr, im Kindergarten Pasing.

Die Leitung des Arbeitskreises „Mitbestimmung“ übernahm Gewerbestudienrat Ottard Kuwasky, 8035 Gauting, Hildegardstr. 26. Der Arbeitskreis trifft sich das nächste Mal am Dienstag, den 15. September, um 20 Uhr, im Institut für politische Wissenschaften der TU, Altes Zeughaus, Lothstr. 17, 1. Stock.

Die Arbeitskreise „Kind im Krankenhaus“, „Gesamtschule“, „Fürsorgeerziehung“ und „Strafvollzug“ befinden sich noch in Vorbereitung.

#### Spielplatzmiserie

Der Ortsverband Frankfurt richtete an die Wohnungsbaugesellschaft „Neue Heimat“ einen Brief, der andere Ortsverbände zu ähnlichen Aktionen anregen sollte. Wir geben den Brief auszugsweise wieder: Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ortsverband Frankfurt/M. der Humanistischen Union richtet hiermit an Sie den Appell, die Rasenflächen in Ihren Frankfurter Siedlungs- und Wohngebieten als Spiel- und Sonnenflächen für Kinder und Erwachsene freizugeben.

Unter dem Aktenzeichen 332 C 640/70 haben Sie beim Frankfurter Amtsgericht einen Prozeß gegen ein Ehepaar angestrengt. Sie wollen durch diesen Prozeß erreichen, daß den Beklagten auferlegt wird „es bei Meldung... einer Geld- oder Haftstrafe... zu unterlassen, ihren minderjährigen Kindern das Betreten der im Eigentum der Klägerin stehenden Grünanlagen... zu gestatten...“

Die Humanistische Union erblickt in dem Vorgehen der Juristen Ihres Unternehmens

einen Akt ausgesprochener Kinderfeindlichkeit...

Der Ortsverband Frankfurt/M. der Humanistischen Union ist der Auffassung, daß gerade ein gemeinnütziges Wohnungsunternehmen bei der Bereitstellung von Entfaltungsräumen für die junge Generation mit gutem Beispiel vorangehen sollte. Wir fordern Sie deshalb auf: Setzen Sie jenes Verbot außer Kraft, demzufolge die Grünflächen in Ihren Siedlungen nicht als Spiel- und Erholungsgelände genutzt werden dürfen.“

#### Verfassungswidriger Verwaltungseingriff

Auf die schon im Januar 1970 eingelegte Beschwerde an das Ordnungsamt Düsseldorf wegen Nicht-Genehmigung einer Flugblattaktion zur Einweihungspremiere des neuen Schauspielhauses erhielt der OV vier Monate lang keine Antwort. Er drohte mit einer Klage vor dem Verwaltungsgericht (da die Begründung der Ablehnung eindeutig Art. 5, Abs. 1 GG verletzte; u. a.: „Ein Bedürfnis für eine solche Flugblattaktion ist nicht einzusehen...“!), woraufhin man versuchte, durch einen Anruf beim Vorstand die Sache unter der Hand begütigend zu erledigen. Der OV bestand auf grundsätzlicher Klärung der Rechtslage.

## Frankfurter „Frauenaktion 70“ gegen den § 218

### Modell einer Ortsverbandsinitiative der HU

Von Renate und Klaus Scheunemann

Beachtliche Resonanz in der Öffentlichkeit hat eine Frankfurter Straßenaktion für die Freigabe der Schwangerschaftsunterbrechung gefunden. Die Ausweitung dieser Aktion auf andere Städte könnte wesentlich dazu beitragen, den § 218 des StGB endlich zu Fall zu bringen und damit in der Kampagne für die Emanzipation der Frau einen entscheidenden Durchbruch zu erzielen. Die parlamentarischen Konstellationen sind insofern günstig, als die Bonner Koalition von SPD und FDP einerseits gern ihre Fortschrittlichkeit demonstrieren möchte, andererseits aber nur in solchen Fragen dazu imstande ist, wo der rechte Flügel der FDP „mitzieht“. Da der § 218 auch für die konservativsten Liberalen ein Ärgernis ist, werden sie in dieser Frage einer fortschrittlichen Entscheidung kaum ausweichen können. Es kommt also darauf an, durch die Entwicklung von Reformdruck „von der Basis her“ entsprechende Entscheidungen zu erzwingen.

Unabhängig davon stellt jede politische Aktion in dieser Frage für die Beteiligten einen entscheidenden Lernprozeß dar.

Die Frankfurter Straßenaktion war mit einer Unterschriftensammlung unter einen „Offenen Brief“ an die Bundesministerin Käthe Strobel verbunden. Innerhalb von zwei Stunden wurden etwa 1000 Unterschriften abgegeben. Der Forderung nach Aufhebung der Paragraphen 218 bis 220 des StGB schlossen sich u. a. an: der Frankfurter Oberlandesgerichtspräsident Dr. Otto Rudolf Kiesel, OB Walter Möller (SPD), der SPD-Bundestagsabgeordnete Fred Zander, vier Stadträte und drei Landtagskandidaten der SPD. Die Landtagskandidaten der FDP erklärten sich gegenüber der Presse solidarisch mit der „Frauenaktion 70“.

Da der Ortsverband Frankfurt der Humanistischen Union wesentliche Hilfestellungen bei der Vorbereitung der Frankfurter Straßenaktion geben konnte, sei hier die Vorgeschichte kurz skizziert.

1. Der OV Ffm befragte seine Mitglieder und Freunde per Fragebogen, in welchen Projektgruppen sie persönlich mitarbeiten würden. Zwölf Personen melden sich für die Projektgruppe „Frauenemanzipation“.
2. Der Ortsvorsitzende bittet eine dieser zwölf Personen, eine Frau, die übrigen Interessenten zu einem ersten Gespräch in ihre Wohnung einzuladen. Bereits bei diesem ersten Gespräch kristallisiert sich als mögliche Aktion einer HU-Frauenemanzipationsgruppe eine Initiative für die Straffreiheit von Schwangerschaftsunterbrechungen heraus.
3. Zu einem zweiten Treffen – in einer anderen Wohnung – können Freunde und Bekannte mitgebracht werden. Man entschließt sich, kleinere Arbeitsgruppen zu bilden. Diese sollen dem nächsten Plenum Konzeptionen für verschiedene Aktionen vorlegen.

4. Beim nächsten Plenum, abermals in einer Privatwohnung, entscheidet sich die Mehrheit dafür, künftig unter dem Namen „Frauenaktion 70“ aufzutreten und als erste Aktion eine Unterschriftensammlung gegen den § 218 zu veranstalten: Auf offener Straße sollen die Passanten gebeten werden, einen „Offenen Brief“ an die Bundesministerin Käthe Strobel zu unterschreiben, der der Forderung nach Straffreiheit bei Schwangerschaftsunterbrechungen Ausdruck verleihen soll. Es werden Untergruppen gebildet, die beim nächsten Plenum Entwürfe eines Offenen Briefes vorlegen sollen, sowie Entwürfe für Flugblätter und für Handzettel, mit denen zu einem Teach-In zur Vorbereitung der Straßenaktion eingeladen werden soll.
5. Letztes Plenum. Endgültige Beschlußfassung über Zeitplan der Kampagne. Verabschiedung der verschiedenen Texte. Zum vorbereitenden Teach-In, das der öffentlichen Darlegung der Motive für die Straßenaktion dienen soll, werden Presse und Funk sowie alle bekannten Frauengruppen der Gewerkschaften, der FDP, SPD, DKP, Jusos, Jungdemokraten, des SDS etc. eingeladen. Termin: Freitagabend. Die HU mietet einen Saal im Volkshaus Ffm.
6. Teach-In. Eine vorher vom Plenum bestimmte Frau übernimmt die Versammlungsleitung. Weitere Mitglieder der Frauengruppe geben Kurzreferate zu einzelnen Aspekten des § 218 (Medizinische Problematik illegaler Abtreibungen, Situation in anderen Ländern, Klassencharakter des § 218, Christliche Ethik und Pluralismus). Am Ende der Versammlung findet eine Geldsammlung statt. Außerdem werden Gruppen für die Transparent- und Plakatgestaltung sowie für die Flugblattherstellung gebildet. Die HU übernimmt die fristgerechte Anmeldung der Straßenaktion bei der Polizei.
7. Straßenaktion mit Unterschriftensammlung. Termin: Donnerstagnachmittag, 16 Uhr. Die verschiedenen Arbeitsgruppen steuern bei: Unterschriftenlisten und Flugblätter, Tische und Rednerpödest, Mikrofon und Lautsprecher für Kurzreferate (praktisch werden die Reden vom Teach-In wiederholt), Ordnerbinden für Ordner, Transparente und Plakate (Slogans: Weg mit § 218, Nur noch Wunschkinder, Jede Frau entscheidet frei – ob zwei Kinder oder drei, Lust ohne Last, Mein Bauch gehört mir, Gegen Geburtenzwang, Nur noch gewollte Mutterschaft etc.).
8. Fazit: Mehr als 1000 Unterschriften, umfangreiche Berichte in Presse, Funk und Fernsehen. Starke Beteiligung an Teach-In (130 Personen) und Straßendebatte (500 Personen). Volle Abdeckung der Kosten durch Spendensammlung. Erhebliche politische Aktivierung junger Frauen, die bislang bei Aktionen der Linken kaum in Erscheinung traten (Städtische Angestellte, „Grüne Witwen“, junge Akademikerinnen).

## Tagung über Jugendprotest und Politische Bildung

Es ist vorgesehen, am Wochenende des 7./8. November im Hamburg eine Tagung über dieses Thema zu veranstalten. Als Tagungs-ort ist die „Wappen von Hamburg“ im Ham-burger Hafen vorgesehen.

Vor allem wird sich diese Tagung mit drei Themen aus dem überaus großen Kreis der dazugehörigen Fragen beschäftigen:

Man will untersuchen, ob nicht gerade ein unzureichendes und irreführendes Demo-kratie-Verständnis dazu geführt hat, daß die politische Bildung in der Schule nicht die ursprünglich auf sie gesetzten Erwar-tungen erfüllt hat. Man wird prüfen, in wel-cher Weise es in der Schule möglich ist, eine Bereitschaft zur Übernahme von poli-tischer Verantwortung zu wecken. Und man wird sich mit der Frage beschäftigen, wie die Schule im Ganzen beschaffen sein

müßte, um überhaupt eine Erziehung zur Politik zu ermöglichen.

Für die drei Themen sind Referenten ge-wonnen worden, die die Tagung mit drei Kurzreferaten einleiten werden. Dann wer-den Arbeitsgruppen gebildet, über deren Beratungsergebnisse am nächsten Tag be-richtet wird.

Alle technischen Vorbereitungen sind im Gange. Anfragen von Mitgliedern, die evtl. teilnehmen wollen, sind zu richten an den Ortsverband Hamburg, Dr. Hans Robinsohn, 2 Hamburg 13, Parkallee 65.

Für das Frühjahr 1971 plant der Bundes-vorstand ein Seminar „Militär in der Demo-kratie“. Interessenten wenden sich an Kläus Scheunemann, 6 Frankfurt/M., Fritz-Reuter-Straße 5.

## Kurzberichte - Informationen - Einladungen

### Wahlkommission gewählt

Gemäß ihrem Beschluß auf der Delegier-tenkonferenz in Hannover haben jetzt die Delegierten auf schriftlichem Wege die Wahlkommission für die Wahl im Jahre 1971 gewählt. Gewählt wurden als ordent-liche Mitglieder der Wahlkommission: Fräu-lein Gudrun Schmidt, München, 31 Stim-men; Fräulein Heidemarie Stehfest, Mün-chen, 27 Stimmen; Herr Till Burger, Mün-chen, 27 Stimmen; Herr Heinz Heldmann, Griesheim, 23 Stimmen; Herr Klaus Brock-haus, Tägerwillen (Schweiz), 21 Stimmen. Als Ersatzmitglieder wurden gewählt: Herr Walter Doberg, Hamburg; Herr Otto Drees, Rammelsbach/Pfalz.

### Vorstandsmitglied zurückgetreten

Herr Friedrich Ortmann, Kiel, hat gegen-über dem Vorstand seinen Austritt aus diesem erklärt. Vgl. hierzu Herrn Ort-manns Darlegungen im Diskussionsteil.

### Landesverband der HU in NRW

#### Aktive Mitarbeit in Arbeitskreisen

Am 20. 6. 1970 wurde von den Ortsverbän-den in NRW ein Landesverband-NRW ge-gründet, um die Arbeit der Ortsverbände zu koordinieren und zu intensivieren. Ge-wählt wurden als Landessprecher: Dr. Al-fons Spielhoff (46 Dortmund-Lütringhausen, Bahnebrede 11, als geschäftsführender Stellvertreter Helge Klawitter (43 Essen, Klingemannstr. 16) und Gerd Schumacher (5 Köln 1, Achterstr. 7).

Zur Fundierung der Tätigkeit wurden fol-gende (überregionale) Arbeitskreise gebil-det:

1. Schulpolitik (Karl Cervik, 43 Essen, Car-mer Str. 15, 79 64 08).
2. Kirche und Staat (R. Wagner, 42 Ober-hausen-Sterkrade, Holtener Str. 92, 6 24 35).
3. Justiz und Menschenrecht (Rainer Schep-per, 44 Münster, Postfach).
4. Vorschulerziehung (Ursula Popp, 42 Oberhausen-Sterkrade, Forststraße 35, 6 55 42).

5. Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (H. Klawitter, Adresse wie oben).

6. Städtekreis/Stadtplanung (Klaus Röper, 404 Neuß, Holzheimer Weg 67, 4 95 10).

7. Hochschulpolitik.

8. Medizin/Gesundheitswesen.

Der Landesverband sucht dringend Mitglie-der, die bereit sind, aktiv mitzuarbeiten! In-teressenten schreiben bitte direkt an die angegebenen Adressen oder an die Lan-dessprecher (Klawitter, Schumacher), die auch alle weiteren Auskünfte geben.

### Privatschulgesetz wird geprüft

Am 30. Juni 1970 trafen sich die in Mainz und Umgebung wohnhaften Mitglieder der Humanistischen Union zu einer Aussprache. Neben einer allgemeinen Diskus-sion standen folgende Punkte auf der Tagesord-nung:

Bericht über die aktuelle Situation in der Humanistischen Union und über die Funk-tion der HU-Ortsverbände durch Herrn Dr. Joachim Kahl, Mitglied des Bundesvorstan-des der HU.

Erläuterung und Diskussion des Vorschlags einer öffentlichen Podiumsdiskussion in Mainz mit dem Thema „Unsere Kindergär-ten – Dressuranstalten oder Stätten der Emanzipation“.

Gründung eines HU-Ortsverbandes Mainz und Wahl eines Ortsvorstandes.

Außerdem wurde beschlossen, eine Stel-lungnahme zum Privatschulgesetz in Rhein-land-Pfalz auszuarbeiten und den verant-wortlichen Stellen zuzuleiten.

Einstimmig beschlossen wurde die Grün-dung eines HU-Ortsverbandes Mainz.

Zum 1. Vorsitzenden des neuen OV wurde gewählt: Elmar Alger, Mainz-Gonsenheim, Hugo-Eckener-Straße 41.

Die beiden anderen Vorstandsmitglieder sind: Christa Alger und Gisela Goymann, Mainz, Am Fort Elisabeth, 41.

einer staatlichen Tätigkeit und keine kirch-liche Handlung.“

Inzwischen ist die Kirchensteuer ins öffent-liche Gespräch gekommen, auch progres-sive evangelische und katholische Kreise haben sie heftig kritisiert. Es schweben einige Verfahren vor dem BUNDESFINANZ-HOF und irgendwann wird es zu einer Ent-scheidung des Bundesverfassungsgerichts kommen müssen. Aber wenn wir unseren Staat dazu bringen wollen, die gegenüber den Kirchen übernommenen Verpflichtun-gen aufzugeben, dann müssen wir dies auch zum Ausdruck bringen und müssen neue Tatbestände schaffen, an denen dann auch unsere Abgeordneten nicht mehr vorbeigehen können.

Wir sind der Überzeugung, daß es in der Bundesrepublik genügend Staatsbürger gibt, die nicht länger gewillt sind, Beihilfe zu einer dem Geiste unseres Grundgeset-zes widersprechenden Privilegierung der Großkirchen zu leisten. Wir rufen diese auf, sich mit uns zu verbünden und folgenden Vorschlag zu überdenken: Ab 1. Januar 1971 sollten möglichst viele Arbeitgeber bei der Lohn- und Gehaltsabrechnung für ihre Mitarbeiter die Kirchenlohnsteuer nicht in Abzug bringen und diese Beträge nicht mehr an die Finanzämter abführen.

Wir wenden uns vor allem an die Großbe-triebe, für die das Zwangsinkasso einen nicht unbedeutenden Kostenaufwand bedeu-tet, aber es sollten sich auch möglichst viele Mittel- und Kleinbetriebe und Freie Berufe, die nur wenige Angestellte und Arbeiter beschäftigen, dieser Aktion anschließen. Bitte schreiben Sie uns, wenn Sie bereit sind, sich zu beteiligen oder fordern Sie, falls Sie vorher noch Fragen haben, eine ausführliche juristische Darstellung des Kirchensteuerproblems bei uns an.

AKTION DER HUMANISTISCHEN UNION GEGEN DAS KIRCHENSTEUER-ZWANGS-INKASSO

8000 MÜNCHEN 23, DESTOUCHESSTR. 48

### Neuer Ortsverband Karlsruhe will Kindergarten anpacken

Ein neuer Ortsverband der HU wurde am 14. Juli in Karlsruhe gegründet. Zur Vor-sitzenden wurde die Lehrerin Martel Rudolph (75 Karlsruhe, Abtalstr. 6, Telefon 334 91) gewählt. Stellvertretender Vorsit-zender wurde Heinrich Tölke, ebenfalls Lehrer von Beruf. Weitere Vorstandsmit-glieder sind: Robert Borst (Finanzreferent), Maria Weber (Beisitzer und Beauftragter der HU Karlsruhe für Kindergartenfragen) und Alfred Rudolph (Beisitzer). Der neue Ortsverband will zunächst Fragen der Kin-dergartenerziehung zur Debatte stellen. Da es in Karlsruhe nur konfessionelle Kinder-gärten gibt, plant der neue OV für Herbst eine Podiumsdiskussion über die örtliche Kindergartensituation.

### Ortsverband Baden-Baden vor Rekonstituierung

Nach langwierigen Vorbereitungen trafen sich am 13. Juli Mitglieder der HU in Ba-

# DISKUSSION

In den nunmehr monatlich erscheinenden „Mittellungen“ ist der Raum für Diskussionsbeiträge zwangsläufig beschränkt. Wir bitten daher, künftige Zuschriften so kurz wie möglich zu halten und dem Diskussionsredakteur darüberhinaus grundsätzlich zuzugestehen, aus Platzgründen erforderliche Kürzungen vorzunehmen.

## AKTION MITARBEIT IN PROJEKTGRUPPEN

In Hessen wurden überregionale Arbeitsgemeinschaften zu verschiedenen Themenkreisen gegründet. In Nordrhein-Westfalen wird versucht, ähnliche Projekte ins Leben zu rufen.

Diese Arbeitsgruppen sollen aktuelle, regionale oder überregionale Themen aufgreifen, Material sammeln und Untersuchungen anstellen, um mit fundierter Stellungnahmen oder Dokumentationen an die Öffentlichkeit zu treten. Die Zusammenarbeit von mehreren Personen ist deshalb notwendig, weil derartige Aufgaben für einen Einzelnen zu umfangreich sind. Arbeitsweise und Organisationsform bestimmen die Projektgruppen selbst.

Falls Sie zur Mitarbeit bereit sind, schicken Sie Ihre Wünsche und Vorschläge an die Bundesgeschäftsstelle in München, von wo sie an die entsprechenden Landesorganisationen weitergeleitet werden können.

An die Humanistische Union, 8 München 23, Destouchesstraße 48

„Arbeitsgruppe auf Landesebene“

Ich bin bereit, in Projektgruppen zu folgenden Themenkreisen mitzuarbeiten (bitte ankreuzen, bzw. eigene Themenvorschläge):

1. Justiz (Unterthema z. B. Strafvollzug)
2. Medizin (z. B. Arzneimittelkontrolle)
3. Schulpolitik (z. B. Gemeinschaftsschule)
4. Vorschulerziehung (z. B. Kinderläden)
5. Hochschulpolitik (z. B. Universitätsgesetze)
6. Wirtschaft (z. B. Wirtschaftskriminalität)
7. ....
8. ....
9. ....

Name: ..... Telefon: .....

Anschrift: .....

Bundesland: ..... motorisiert: ja – nein

Helge Klawitter, Essen

## Kirchenaustritte fördern

Dem Diskussionsbeitrag von Herrn Rudolph in den „Mittellungen“ Nr. 41 kann man nur voll zustimmen. Man fragt sich manchmal, ob die HU so pluralistisch geworden oder gar „unterwandert“ ist, daß sie die rechten Worte nicht mehr findet hinsichtlich unseres Christentums und seiner weltlichen Auswüchse. Zwar werden humane Sexualanschauung, kirchenferne Kindergärten und Schulen als Einzelprojekte untersucht, Änderungsvorschläge erarbeitet und Aufklärungsfeldzüge unternommen. Zwar plädiert Vorstandsmitglied Dr. Kahl auf seinen Vortragsreisen für eine Humanität ohne Gott; in fast allen „Mittellungen“ findet man Hinweise für bewußte Verfehlungen der Kirche bei der Ausgestaltung eines wahren Menschenbildes, den zusammenfassenden Gedanken einer allgemeinen Aktion zum Kirchenaustritt dagegen hat jetzt wohl Herr Rudolph zum ersten Mal ausgesprochen. Dabei ist diese Bewegung in vollem Gang. Und wenn der Anstoß dazu schon nicht von der HU kam, so sollte sie diese Bewegung wenigstens genau beobachten und dann geeignet fördern.

Und wie steht es mit Reformvorschlägen zur Struktur unseres Staates? Was meint die HU zur kurzlebigen Blüte der APO? Ist sie nicht vielmehr als ein sehnlich erwartetes Mittel erschienen, einen stärkeren Einfluß außerhalb der Parteien auf dringende gesellschaftspolitische Fragen auszuüben? War ihre anfängliche „Kerntruppe“ nicht so etwas wie eine „Bruderpartei“ zur HU – oder darf man dergleichen nicht diskutieren? Wenn Herr Rudolph von theoretischer Arbeit in der HU spricht, warum wird sie nicht einmal auf mögliche Formen des Zusammenlebens in der modernen Welt angesetzt?

Ich stimme der bisherigen Arbeit der HU zu. Der Kampf um die Gemeinschaftsschule im bayerischen Dorf X muß sein – doch andere große Aufgaben harren wenigstens des Versuchs der Lösung, einer evolutionären, hoffen wir alle.

Hartmut Peschel, Darmstadt

## Zur Situation der HU

Die Delegierten der ersten Delegiertenversammlung der Humanistischen Union wählten einen Vorstand, dessen Mitglieder überwiegend eine „Öffnung der Humanistischen Union nach links“ versprochen. Es scheint jedoch, daß weder die Wählenden noch die Gewählten eine klare Vorstellung davon hatten, was in der HU als „links“ angesehen werden kann. Hier soll nicht versucht werden, eine Definition nachzuholen; der folgende Beitrag hat lediglich die Aufgabe, die überfällige Diskussion über Sinn und Aufgabe der HU wiederzueröffnen.

Die HU hat in ihrer bisherigen Tätigkeit Schwerpunkte in der Kultur- und Rechtspolitik gesetzt. Ihr Kampf gegen die Konfessionalisierung des Bildungs-

wesens hat sie zu einer bekanten Organisation werden lassen. Auf dem Sektor „Schule“ dürfte sie in ihren Aktionen für die Entkonfessionalisierung auch einige Verdienste erworben haben.

Das Beispiel „Schule“ zeigt in hervorragender Weise die Bedingungen auf, unter denen Aktivität der HU in der Vergangenheit zu Erfolgen führten:

- a) Das aufgegriffene Problem würde von einem großen Teil der Bevölkerung als ein Mißstand angesehen.
- b) Die Problematik wurde von keiner anderen politisch einflußreichen Organisation aufgegriffen (Anpassungsphase der SPD, Niedersachsen-Konkordat).
- c) Die politischen Aktivitäten der HU beruhten auf einem Gutachten, das wissenschaftlich fundiert und politisch progressiv war.

Dies zusammen machte den Erfolg der Aktionen für die Entkonfessionalisierung des Schulwesens aus. Die weiteren Aktionen erreichten niemals wieder eine so zentrale Bedeutung für die HU, weil praktisch nie wieder alle drei Voraussetzungen gleichzeitig vorlagen.

Nun ist es zwar nicht Sinn politischer Tätigkeit, „Erfolge“ um ihrer selbst willen zu erzielen; andererseits erscheint politische Tätigkeit nutzlos, wenn sie erfolglos ist. Hieraus ergibt sich die Notwendigkeit, aus der Vielzahl von möglichen Aufgaben primär diejenigen auszuwählen, die die oben genannten Bedingungen erfüllen und somit Aussicht auf politischen Erfolg haben.

Die HU allein kann bestenfalls Initiativen ergreifen; für die Durchsetzung ihrer Auffassungen ist sie auf die Unterstützung auch von Nichtmitgliedern angewiesen.

In diesem Zusammenhang ist auch die Frage zu stellen, ob nicht eine Beschränkung auf kultur- und rechtspolitische Probleme die Erfassung wichtiger, für die Humanisierung unserer Gesellschaft relevanter Problembereiche verhindert. Bedeutet Humanisierung nicht auch die Humanisierung der Arbeitsbedingungen und der Freizeit des Einzelnen? Eine Bejahung dieser Frage impliziert, daß es für die HU unmöglich ist, z. B. die Demokratisierung der Wirtschaft außerhalb des Aktionsrahmens zu lassen.

Ist eine Schwerpunktbildung für die Arbeiten der HU erfolgt, so ist die Möglichkeit und die Art der Durchsetzbarkeit zu untersuchen. Hierbei werden sich für unterschiedliche Probleme verschiedene Ansatzpunkte zu einer politischen Wirksamkeit ergeben.

Es kann sich z. B. bei der geplanten Aktivität um den Versuch handeln, ein Problem in die politische Diskussion zu bringen, das einen großen Teil der Bevölkerung betrifft, dennoch aber bisher nicht aufgegriffen wird (z. B. Lärmbelastigung in Wohnungen). In diesem Falle kommt es darauf an, die Forderungen der HU in Einzelfragen aufgrund einer genauen Analyse des Problembereichs zu artikulieren; nur bei einer umfassenden Analyse, die wissenschaftlich fundiert ist, besteht überhaupt die Möglichkeit einer Resonanz für eine Organisation von der Größe der HU. Aufgrund einer solchen Analyse, die auch eine politisch wirksame Dokumentation der Mißstände enthalten sollte (vgl. die Dokumentation zu § 48 EheG), ergeben sich die Möglichkeiten für

- a) Petitionen an die Parlamente, Kontakte zu Abgeordneten, Zentrale politische Kundgebungen (z. B. in Bonn), Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Dokumentationen und Berichte für die Presse (ausgeführt von der Bundesgeschäftsstelle),
- b) Örtliche Kundgebungen oder Podiumsdiskussionen, Zusammenarbeit auf örtlicher Ebene mit Organisationen oder Persönlichkeiten (ausgeführt von den Ortsverbänden).

Relevant für die Arbeit der HU sind auch solche Probleme, die bisher lediglich in kleinen Gruppen regional oder örtlich diskutiert werden, die aber für die Bundesrepublik insgesamt wichtig erscheinen. In diesen Fällen besteht für die HU eine Möglichkeit zu einer sinnvollen Arbeit darin, die bereits bestehenden örtlichen Aktivitäten (wie z. B. den Aufbau antiautoritärer Kindergärten) durch Veranstaltungen auf Bundesebene z. B. in der Form eines Seminars, das der Erarbeitung neuer Pläne und dem Gedankenaustausch regional isolierter Interessenten dienen kann, überregional bekannt und nutzbar zu machen.

Davon bleibt die – bisher leider den Hauptteil der Arbeit ausmachende – Aktionsform der Pressearbeit unberührt.

Als zusätzliche Aufgaben ergeben sich für die künftige Arbeit der HU mithin in verstärktem Maße:

- a) unbestimmt in der Gesellschaft vorhandene Probleme zu artikulieren, die daraus resultierenden Interessenstandpunkte klarzumachen und die Sache der Unterprivilegierten zu vertreten,
- b) organisatorische Hilfestellung zu geben in Fällen, in denen regionale Aktivitäten, die nach den Zielsetzungen der HU förderungswürdig erscheinen, nicht überregional Verbreitung finden.

Beispiele für Problembereiche, die nach den beschriebenen Mustern von der HU bearbeitet werden könnten, wären:

- zu a): Humanisierung des Wohnungsbaus (Lärmbelastigung in Wohnungen, Bodenspekulation und Mieten, mangelnde Wohnungsgröße, Spielplätze für Kinder usw.); Nutzung von Erholungsflächen (Wald, Seen) durch Eigentumsbeschränkung; „Gerechtigkeit“ von Lohn- und Einkommenssteuern; Möglichkeiten der Steuervermeidung bei Großelkommen.
- zu b): Antiautoritäre Kindergärten; Ausbildung von Fürsorgezöglingen.

Friedrich Ortman, Kiel

Für diese Mitteilungen ist Leo Derrik verantwortlich, für den Diskussionsteil Jürgen Scheschkewitz. Humanistische Union e. V., 8 München 23, Destouchesstraße 48, Telefon: 30 20 96 / 97. Redaktionsschluß 31. Juli.

Bezugspr. im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten  
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.  
Postcheck München 104200.